



**SPD-Fraktion im  
Niedersächsischen Landtag**

Pressemitteilung Nr. 15-067  
vom 16.02.06

Anschrift Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover  
Telefon 0511/3030-4011/13  
Fax 0511/3030-4808  
E-Mail SPDPresse@LT.Niedersachsen.de  
Internet www.SPD-Landtag-Nds.de

## **Merk: „Jetzt hilft nur noch der Druck der Öffentlichkeit“ Petitionsausschuss zeigt erneut Härte**

Gestern hat der Ältestenrat des Landtages über den Umgang mit Härtefällen diskutiert, CDU und FDP lehnten dabei jede Änderung bei der aktuellen Praxis ab. „Heute, nur einen Tag später, hat sich in der Sitzung des Petitionsausschusses einmal mehr gezeigt, dass es so nicht weiter gehen kann“, sagte die Härtefall-Expertin der SPD-Fraktion Heidi Merk.

Der Petitionsausschuss hatte heute unter anderem über den Fall einer in Nähe von Westerstede wohnenden Familie zu entscheiden, die seit 1992 in Deutschland lebt. Die aus Syrien stammende Mutter von acht Kindern wurde im Alter von 15 Jahren zwangsverheiratet. Ihr Ehemann ist rechtskräftig wegen Körperverletzung und sexueller Nötigung verurteilt, er hat seine Frau und die gemeinsamen Kinder jahrelang terrorisiert. Wegen der psychischen Folgen befinden sich die Mutter und einige Kinder noch heute in ärztlicher Behandlung. Seit der Abschiebung des Mannes nach Syrien im Juni vergangenen Jahres haben sich Mutter und ihre Kinder bestens integriert, sie sind unter anderem in einer evangelischen Kirchengemeinde aktiv. Die Familie bezieht seit über einem halben Jahr keinerlei Sozialleistungen mehr. Nun soll die Mutter mit ihren Kindern nach Syrien abgeschoben werden. Nach syrischem Recht würde dem Ehemann das Sorgerecht für die acht Kinder – sechs davon sind in Deutschland geboren – zufallen. Die Mehrheit der Beratergruppe, in der unter anderem Vertreter der Kirchen vertreten sind, hat dem Petitionsausschuss empfohlen, die Familie als Härtefall anzuerkennen. Mit dem Stimmen von CDU und FDP hat sich der Ausschuss einmal mehr über diese Empfehlung hinweggesetzt.

„Das ist ein unglaublicher Vorgang. Während Innenminister Schöneemann vorgibt Zwangsehen verhindern zu wollen, wollen CDU und FDP

im Petitionsausschuss eine zwangsverheiratete Frau und ihre traumatisierten Kinder in die Arme ihres gewalttätigen Ehemanns treiben“, sagte Merk. „Wenn es sich bei der betroffenen Familie nicht um einen Härtefall handeln soll, weiß ich nicht, was sich CDU und FDP darunter vorstellen“, sagte Merk.

„Mit ihrer Eiskälte im Petitionsausschuss nötigen uns CDU und FDP dazu, Fälle wie diesen publik zu machen. Ich bedaure das sehr, denn eigentlich sollte über so persönliche Details hinter verschlossenen Türen verhandelt werden. Wenn die Regierungsfractionen weiter jede humanitäre Entscheidung verweigern, hilft aber nur der Druck der Öffentlichkeit“, so Merk.